



Herrscher Hitler, Untertanen*: *Nationalsozialismus als Regime der sozialen Wärme*

BAYERISCHE STAATSBIBLIOTHEK

Die Wohlfühl-Diktatur

SERIE (VI) *Mit niedrigen Steuern und Sozialreformen hielten die Nazis das Volk bei Laune. Das Geld für Rüstung und Krieg stammte zum größten Teil von den enteigneten Juden Europas, von Zwangsarbeitern und unterworfenen Völkern. / Von Götz Aly*

Wer die verbrecherische Dynamik des Nationalsozialismus verstehen will, sollte nicht länger auf Großbanken und Konzerne starren. Die im vergangenen Jahrzehnt modisch gewordenen Studien zur Geschichte einzelner Unternehmen und Institutionen verlieren sich in den merkwürdigsten Details, zur Erklärung des Gesamtgeschehens tragen sie selten bei. Sie lassen die zentrale Frage offen, wie es Hitler gelang, sein höchst labiles Herrschaftsgefüge für zwölf kurze Jahre immer wieder, notdürftig zwar, doch hinreichend zu stabilisieren.

Wer die Antwort sucht, tut gut daran, die Perspektive zu wechseln. Das Rätselhafte löst sich auf, wenn man die NS-Herr-

schaft als Gefälligkeitsdiktatur verstehen lernt.

Zu den Begünstigten zählten 95 Prozent der Deutschen. Sie empfanden den Nationalsozialismus nicht als System der Unfreiheit und des Terrors, sondern als Regime der sozialen Wärme, als eine Art Wohlfühl-Diktatur. Sozialreformen, eine für den kleinen Mann rücksichtsvolle Steuerpolitik und die vielfach – oft auf Kosten anderer – gebotenen Möglichkeiten des Aufstiegs sorgten für steigende oder zumindest konstante Werte auf dem politischen Stimmungsbarometer.

Exemplarisch für das nach innen gerichtete völkische Gleichheitsversprechen standen die Napolas, die inzwischen auch filmisch überhöhten Nationalpolitischen Erziehungsanstalten, und die ganz ähnlichen Adolf-Hitler-Schulen. Sie mögen ideologische Kaderschmieden gewesen

sein, vor allem aber ermöglichten sie Kindern aus ärmlichen Verhältnissen den schulgeldfreien Zugang zur höheren Bildung. Das gehörte zum Programm der NSDAP wie im Übrigen auch die für die Nachkriegszeit beabsichtigte Abschaffung der Studiengebühren. Nüchtern gesprochen dienten die Napolas der staatlichen Förderung begabter, sozial benachteiligter Kinder. Nach dem Willen des Reichskanzlers sollte von dort aus selbst „der ärmste Junge zu jeder Stellung emporsteigen“ können, sofern er das geistige Zeug dazu hatte. Ein nicht unerheblicher Teil der späteren deutschen Elite – etwa Alfred Herrhausen – erhielt in einer solchen Schule die entscheidende Chance.

Der vornazistische Standesdünkel hatte das Erschließen des kreativen Potentials gebremst. Gegen den Widerstand der alten Eliten, insbesondere auch der Generalität,

* Entgegennahme von Huldigungen 1937 beim Erntedankfest auf dem Bückeberg bei Hameln.

sorgten Hitler und seine Gauleiter für den Abbau der sozialen Schranken. Sie versprachen, sie „immer mehr einzureißen“. Die Wehrmachtführung sah sich erst 1942 angesichts des Sterbens an der Ostfront veranlasst, jungen Männern die Offizierslaufbahn unabhängig vom Schulabschluss zu öffnen. Wie der Sicherheitsdienst (SD) triumphierend vermerkte, reagierten die Volksgenossen „mit Begeisterung“. Sie sahen darin die „Verwirklichung eines wesentlichen Punktes des Parteiprogramms“.

Parallel dazu schuf die NS-Regierung eine für die meisten Deutschen angenehme kriegssozialistische Umverteilungsgemeinschaft. Die materiellen Mittel dafür bezog sie aus zwei Quellen: Zum einen wurde den wohlhabenden Deutschen genommen und den wenig oder nur durchschnittlich Bemittelten gegeben; zum anderen, und das in höherem Maß, flossen die Gelder von beraubten „Fremdstämmigen“ – den enteigneten Juden Europas, den Zwangsarbeitern, den Angehörigen unterworfenen Völker – zu den gehätschelten Volksgenossen.

Beide Beschaffungstechniken zugunsten der Staatskasse setzte die NS-Regierung ansatzweise schon vor dem Krieg mit Erfolg ein. So verdoppelte sie mit dem Beginn der forcierten Aufrüstung die Körperschaftsteuer zwischen 1936 und dem ersten Kriegsjahr stufenweise von 20 auf 40 Prozent. In ihrem Jahresbericht für 1938 vermerkten die Demoskopien des SD: „Besonders auf die Arbeiterschaft macht die Erhöhung der Körperschaftsteuer einen günstigen Eindruck.“ Sie werde als Zeichen dafür verstanden, dass die „Kosten des Wiederaufbaus durch eine gerechte Lastenverteilung“ aufgebracht und „die hohen Gewinne der großen Gesellschaften entsprechend herangezogen“ würden.

Deutlich stärker „herangezogen“ wurden bald auch die deutschen Juden. Die nach dem November-Pogrom von 1938 verfügte sogenannte Judenbuße von einer Milliarde Reichsmark erhöhte die Staatseinnahmen um mehr als sechs Prozent. Zusammen mit den Erträgen aus der Reichsfluchtsteuer und den staatlichen Arisierungserlösen machte sie im Reichshaushalt 1938/39 rund zehn Prozent des Gesamtaufkommens an Steuern und Abgaben aus. Warum die willkürliche Zwangsabgabe zu Lasten einer kleinen, insgesamt keinesfalls besonders wohlhabenden Bevölkerungsgruppe genau zu diesem Zeitpunkt verhängt wurde, erschließt sich aus dem offiziellen Jahresrückblick des Finanzministeriums für 1938.

* 1943 in einem Sammellager in Oberhausen.



KARL HÖFFKES / AURIS

Deutsche Soldaten als Plünderer in Russland: Volkswirtschaft auf Raub gegründet



FOTOS: KARL HÖFFKES / AURIS

Landser mit russischer Zugmaschine, mit erbeuteten Rauchwaren: Wehrmachtbedarf decken



STADTARCHIV OBERHAUSEN

Enteigneter jüdischer Besitz*: „Überall Anklang in der Bevölkerung“

Ausgerechnet für den Monat November heißt es dort: „Dass das Reich zahlungsunfähig wurde, stand unmittelbar bevor.“

Die „Deutsche Steuer-Zeitung“ merkte an: Die „Judenvermögensabgabe fließt ausschließlich dem Reiche zu, das es für seine allgemeinen Aufgaben und damit zum Wohl des gesamten deutschen Volkes verwenden wird“. Der SD notierte: Anders als das Pogrom selbst hätten die „Sühnesetze in der Bevölkerung überall Anklang gefunden“.

Parallel zur Teilexpropriation der Juden brachte der für die Kriegsvorbereitungen zuständige Hermann Göring im selben November 1938 im Reichsverteidigungsrat den Vorschlag ein, die exorbitanten Rüstungsausgaben mit Hilfe „einer einmaligen Abgabe vom Vermögen“ wohlhabender Arier zu bezahlen.

Doch Ende Mai 1939 favorisierte die politische Führung eine weitere Möglichkeit „zur Deckung des Bedarfs der Wehrmacht“. Sie richtete ihren Blick nicht mehr hauptsächlich auf die inneren Geldquellen. Stattdessen sollten nun die schon einverleibten Regionen – zunächst betraf das die tschechische Wirtschaft – und die „im Laufe des Feldzuges“ noch „zu erobernden Gebiete herangezogen werden“.

Die Aufrüstung und erst recht der Krieg funktionierten fortan als politisch-militärische Spekulationsblase, als Schneeballsystem, das in dem Moment auffliegen musste, in dem die Expansion an Grenzen stieß. Deshalb konnte Hitler-Deutschland zu keinem Zeitpunkt – nicht einmal nach der Niederlage Frankreichs – einen komfortablen Sieg-Frieden eingehen. Denn selbst ein solcher, gewiss räuberischer Frie-



NSDAP-Versammlung in Graz (1938): Tyrannei als Sozialstaat verbrämt

plünderung zum wirtschaftlichen Zusammenbruch der besetzten Länder führen musste. Um dem entgegenzuwirken und um die Zeit bis zum rettenden „Endsieg“ zu überbrücken, halfen die deutschen Berater den nationalen Regierungen dabei, die Juden zu enteignen. Im Sommer 1942 verfügte Göring beispielhaft für das Militärverwaltungsgebiet Serbien: Hinfort sei „das jüdische Vermögen in Serbien zugunsten Serbiens einzuziehen“. Ziel war es, damit „eine finanzielle Hilfe für den durch die Last der Besatzungskosten ohnehin stark beanspruchten serbischen Staatshaushalt zu ermöglichen“. Anschließend flossen die Erlöse aus dem Verkauf des Eigentums der Juden komplett in den deutschen Besatzungshaushalt. Nach diesem Schema wurde überall im besetzten und verbündeten Europa verfahren.

Die in den einzelnen Ländern stationierten Wehrmachtssoldaten erhielten ihren Sold aus den jeweiligen Besatzungskosten-Haushalten in Landeswährung. Auf die gleiche Weise wurden sämtliche Lieferungen an Rohstoffen, Industrieprodukten und Lebensmitteln in die Heimat beglichen.

In all diesen Transaktionen steckten mal geringere, mal höhere Prozentsätze von Geldern aus der „Entjudung“. Deshalb profitierte jeder einzelne Deutsche über diesen kurzen Umweg von der Ausplünderung Europas und von der Enteignung und Deportation aller europäischen Juden.

Auf solche Art wurden etwa zwei Drittel der laufenden Kriegseinnahmen eingebracht. Das restliche Drittel teilte sich so auf, dass die Hauptlast auf die damals verhältnismäßig kleine Zahl von wohlhabenden Deutschen entfiel, während 95 Pro-

zent der Steuerzahler für den kleinen Rest aufkamen. Weil mehr Menschen Arbeit hatten und viele mehr verdienten als vor dem Krieg, spürten die Deutschen kaum etwas von der Steuerlast.

Außerdem kümmerte sich die Staatsführung – im Kontrast zum Ersten Weltkrieg – um die Familien der Soldaten. Sie erhielten an die 85 Prozent des letzten Nettoverdienstes des eingezogenen Ernährers, der seinerseits bei der Wehrmacht in Vollpension lebte und einen hohen Sold erhielt. Die entsprechenden britischen und US-amerikanischen Familien bekamen weniger als die Hälfte der deutschen Sätze.

Im Kontext des sozialpolitischen Appeasement der NS-Regierung entstanden viele der noch heute vertrauten Annehmlichkeiten. Die noch immer gültigen Steuerklassen, das Ehegattensplitting und das Kindergeld führte die Regierung mit der

Die materiellen Ergebnisse des Krieges gefielen den Mehrheitsdeutschen durchaus: Sie wurden kaum belastet.

densschluss hätte den Bankrott des Reiches sofort sichtbar werden lassen.

Aus diesem Grund entschloss sich der Stimmungspolitiker Hitler, „den bequemen Weg der Selbsttäuschung weiterzugehen“ und den Krieg fortzuführen, wie Carl Friedrich Goerdeler im Sommer 1940 feststellte. Seinen Landsleuten kündigte er in der geheimen Denkschrift an, sie würden „ihre Leichtgläubigkeit eines Tages bitter bereuen und bezahlen“.

So wurde der Krieg immer weiter ausgedehnt, immer rücksichtsloser geführt. Die materiellen Ergebnisse gefielen den Mehrheitsdeutschen durchaus. Sie wurden kaum belastet, da sich der Reichsfiskus die laufenden Einnahmen des Außerordentlichen Kriegshaushalts im Durchschnitt der fünfzehn Kriegsjahre zu rund zwei Dritteln aus den Tributen fremder Länder, aus konfisziertem fremdem Eigentum und aus fremder Arbeitskraft holte.

Dabei erkannte die Reichsregierung rasch, dass die allzu hemmungslose Aus-

Gekauftes Volk

Sozialpolitische Maßnahmen der NSDAP

- Kostenloser Besuch höherer Schulen (Adolf-Hitler-Schulen, Napola ab 1943)
- Familienbeihilfen für Soldaten
- Steuerklasseneinteilung und Ehegattensplitting zugunsten von Verheirateten und Familien (1934)
- Kindergeld (1934)
- Schuldnerschutz für „Arier“ (1934)
- Keine direkten Kriegsteuern für Arbeiter, Bauern, einfache Angestellte, niedere Beamte
- Befreiung von Steuern und Sozialabgaben bei Zuschlägen für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit (1940)
- Rentenerhöhung von 15 Prozent (1941)
- Krankenversicherung für Rentner (1941)

DER SPIEGEL



MULSTEIN BILDERDIENST (L.); HUGO JAEGER / TIME LIFE / GETTY IMAGES (R.)



Deutsches Ferienglück (1940), Diktator Hitler (M.) bei Weihnachtsfeier mit NS-Funktionären (1941): Hoffnung auf den Sieg-Frieden

Reichsfinanzreform von 1934 ein. Sie verfolgte damit die politische Absicht, die Steuerlast zugunsten der Verheirateten und der Familien mit Kindern zu mildern und zum Nachteil der Ledigen zu erhöhen.

Betrachtet man das steile Anwachsen des Kindergelds und der Familienbeihilfen während des Kriegs, dann ergibt sich – gemessen am Stand von 1938 – für die ersten dreieinhalb Kriegsjahre eine Vervielfachung: Im Jahr 1939 stiegen die Leistungen um 25 Prozent, 1940 um 28 Prozent, 1941 um 56 Prozent und 1942 um 96 Prozent.

Der Schuldnerschutz rangierte seit 1933 vor den Interessen der Gläubiger. Ein im Oktober 1934 erlassenes Reichsgesetz ersetzte die „fast unbeschränkte Gläubigerfreiheit“ der Vergangenheit. Sämtliche Zwangsmaßnahmen, insbesondere die Räumung einer Wohnung wegen Mietschulden, konnten gerichtlich abgewendet

werden, wenn sie „eine dem gesunden Volksempfinden gröblich widersprechende Härte“ darstellten.

Sofern die Gerichtsvollzieher nicht das Eigentum von Juden und sogenannten Staatsfeinden taxierten und zugunsten der Volksgemeinschaft beschlagnahmten, hatten sie – nach dem Willen der NS-Führung – im „wahren Volksstaat ein echt soziales Empfinden“ zu entwickeln. Im Zweiten Weltkrieg durften weder die Familienunterhaltsleistungen an die Soldatenfamilien noch der Sold noch der Lohn für kriegsbedingte Überstunden und Sonderschichten gepfändet werden. Dasselbe galt für das Kindergeld.

Solche Gesetze sicherten die gesellschaftliche Basis der NS-Führung mehr als

jede rassistische Tirade. In dieselbe Richtung wirkte die strikte Lebensmittelrationierung, die bereits im August 1939 einsetzte. So beobachtete ein Berichterstatter der SPD: „Die Arbeiterschaft begrüßt es durchaus, dass die ‚besseren Leute‘ praktisch aufhören, welche zu sein.“

Ganz in diesem Sinn gab Hitler schon 1935 für den Kriegsfall die Maxime aus, dass dann „die höheren Einkommen beschränkt werden“ sollten. Verschont blieben die deutschen Arbeiter, die Bauern, die einfachen Angestellten und die kleinen Beamten: Sie hatten bis zum 8. Mai 1945 keinerlei direkte Kriegssteuern zu bezahlen. Zwar versuchte die Reichsfinanzverwaltung immer wieder einmal, auch diese Einnahmequelle zu erschließen, doch verhinderten Hitler, Göring und Goebbels das bis zum letzten Tag „aus politischen Gründen“. Ein Vorstoß, die hohen Familienunterhaltsleistungen wenigstens zu besteuern, scheiterte ebenfalls am sozialpolitischen Protektionismus der obersten Führung. Reichswirtschaftsminister Walther Funk kommentierte im April 1943 trocken: „Wir haben im Krieg zu opulent gewirtschaftet. Aus dieser Entwicklung ist schwer herauszukommen.“

Für die durchschnittlichen Steuerzahler wurden lediglich Bier und Zigaretten teurer. Stimmungspolitisch wohl überlegt, nahm man sogar auf regionale Befindlichkeiten Rücksicht: Der Kriegszuschlag auf den Hektoliter Bier im damaligen südostdeutschen Verbrauchsgebiet – also in München, Pilsen oder Wien – wurde um fast ein Drittel tiefer angesetzt als im restlichen Reich.

* Jüdische Jugendliche im Ghetto Lodz bei der Fertigung von Munitionstaschen und Tornistern.



WIENER LIBRARY

Zwangsarbeit für die Wehrmacht*
Rücksichtslose Ausbeutung



TOPHAM PICTUREPOINT

Deutsche Panzer in Russland (1941): „Die Verpflegung von Landeseinwohnern ist missverstandene Menschlichkeit“

Um in den Zeiten des offiziellen Lohn-, Preis- und Mietstopps doch eine kräftige Lohnerhöhung zu erreichen, wurden Ende 1940 die Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit erstmals (und bis heute) von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen freigestellt. Die Spitze des Reichsfinanzministeriums kommentierte: „Auf die deutsche Öffentlichkeit und auf das Ausland wird es bestimmt einen sehr starken Eindruck machen, wenn in diesem gigantischen Krieg durchgreifende Kriegsteuermaßnahmen bei uns tatsächlich ausbleiben.“

Mit den Reichen und den Unternehmen ging die Regierung Hitler weit weniger zartfühlend um. So stieg die Körperschaftsteuer bis auf 55 Prozent. Hinzu kamen die ab 1941 wirksame Gewinnabführung und der Einkommensteuerzuschlag, der die Normalsteuer der Besser-

verdienenden seit September 1939 um 50 Prozent erhöhte.

Die deutschen Hausbesitzer mussten Ende 1942 eine Sonderabgabe von acht Milliarden Reichsmark entrichten. Das entspräche heute mindestens 80 Milliarden Euro. Die binnen drei Monaten beigetriebene Sonderabgabe machte rund 20 Prozent der im Haushaltsjahr 1942/43 erwirtschafteten innerdeutschen Kriegseinnahmen aus. Zunächst hatte der Finanzminister einen um die Hälfte niedrigeren Betrag ins Spiel gebracht, doch das erschien den Parteidiensstellen als politisch unerwünschtes „Geschenk an die Hausbesitzer“.

Im Gegensatz zu den als minderwertig diskriminierten Völkern und Rassen bedrohten die immerhin erheblichen Abgaben die damals noch schmale Schicht

der deutschen Besserverdienenden nicht existentiell. Juden, sogenannte Zigeuner, osteuropäische Zwangsarbeiter, ebenso die Millionen – in den annektierten Gebieten ansässigen – freien polnischen Arbeiter mussten von 1940 an viele Milliarden Reichsmark in die deutschen Sozialversicherungssysteme einzahlen. Das geschah neben den gewöhnlichen Beiträgen in Form eines Sonderzuschlags, phantasievoll als Sozialausgleichsabgabe bezeichnet. Außerdem wurden alle Nichtarier automatisch in der schlechtesten Steuerklasse veranlagt, Kinderfreibeträge und Kindergeld standen ihnen ohnehin nicht zu.

Dieser Beuteanteil floss unmittelbar in die Taschen des deutschen Volkes. Im November 1941 verfügte die Regierung eine Rentenerhöhung von 15 Prozent, wobei die Kleinrentner besonders begünstigt wurden. Erst seit dieser Zeit sind die deut-

* Bei der Aushebung eines Panzergrabens.



KARL HÖFFKES / AURIS

Wehrmachtsoldaten, russische Zwangsarbeiterinnen*: „Volksgemeinschaft nach innen, absoluter Herrenstandpunkt nach außen“

schen Rentner krankenverschert, bis dahin hatten sie sich an die Wohlfahrt zu wenden. Verbunden mit einer Nachzahlung für drei Monate, löste die Reform unter den Senioren nach den Beobachtungen des SD „sichtbare Befriedigung und große Freude aus“. Das half dem Regime über die erste Weihnachtskrise des Krieges.

Wer die Massen aber auf derart populistische Weise schonte, der musste einen hauptsächlich auf Raub angelegten Krieg führen. Und weil dieser Krieg immer mehr die erste Bedürfnisse der Volksgemeinschaft weckte, errieten die Verantwortlichen immer radikalere Techniken des Raubs und der damit eng verbundenen Vernichtungspolitik. Zwischen August 1941 und dem 31. Januar 1942 starben zwei Millionen sowjetische Kriegsgefangene in den Lagern der Wehrmacht, vor allem an den Folgen der katastrophalen Versorgung. Im Casino in Riga unterhielten sich Wehrmachtsoffiziere über ihren „Auftrag, die russischen Kriegsgefangenen verhungern und erfrieren zu lassen“.

Der Zweck des Hungermordens bestand darin, die deutsche Wehrmacht komplett „aus dem Lande zu ernähren“ und zudem Lebensmittel ins Reich

zu transportieren, um deutsche Mütter, Kinder und Alte, kurz die Heimatfront, bei Laune zu halten. Deutsche Generäle gaben die Devise aus: „Das Verpflegen von Landeseinwohnern ist eine ebenso missverständene Menschlichkeit wie das Verschenken von Zigaretten und Brot.“

Schon vor dem Krieg gegen die Sowjetunion war im Mai 1941 auf höchster Ebene

Deutsche Soldaten schickten Millionen Feldpostpäckchen mit überschüssigen Lebensmitteln nach Hause.

erörtert worden, welche Konsequenzen der beabsichtigte Lebensmittelraubzug haben sollte: „Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.“ Lässt man die Zerstörungen und die massiven Ertragsrückgänge außer Acht, die der Angriffskrieg bewirkte, dann raubten die Deutschen nach den geheimen Angaben des Statistischen Reichsamts in den Agrarjahren 1941/42 und 1942/43 den Grundbedarf für 21 Millionen Menschen aus den besetzten Teilen der Sowjetunion.



Elend im deutsch besetzten Charkow: Geplantes Hungermorden

So fürchterlich die Ergebnisse der gewollten Hungerpolitik für die sowjetischen Kriegsgefangenen und für die Bevölkerung des belagerten Leningrad auch waren, so blieben sie dank des militärischen Widerstands doch deutlich hinter den ursprünglichen Plänen zurück.

Im Sommer 1942 stand die NS-Führung innenpolitisch vor dem Abgrund. Die Reichsgetreidereserve von ursprünglich 5,5 Millionen Tonnen war auf 670 000 Tonnen geschrumpft. Damit hatte sie den tiefsten Punkt in der gesamten Kriegszeit erreicht. Die

auskömmliche, die Stimmung erhaltende Ernährung der deutschen Zivilbevölkerung konnte kaum mehr gewährleistet werden.

In dieser Lage rief Göring die Männer zusammen, die als Reichskommissare und Militärbefehlshaber die unterworfenen Länder Europas verwalteten. Man traf sich am 6. August 1942 im Hermann-Göring-Saal des Reichsluftfahrtministeriums, dem heutigen Euro-Saal des Bundesfinanzministeriums. „Es ist mir dabei gleichgültig“, fuhr Göring die Zögerlichen an, „ob Sie sagen, dass Ihre Leute wegen Hungers umfallen. Mögen sie das tun, solange nur ein

Deutscher nicht wegen Hungers umfällt.“

Dem kleinen Serbien, dem man die fruchtbarsten Gebiete genommen hatte, wurde die Zusatzlieferung von 100 000 Tonnen Weizen und Mais auferlegt. Die schon beachtlichen Lebensmittelimporte aus Frankreich wurden um 50 Prozent angehoben. Der für die Ukraine zuständige Reichskommissar verkündete: „Die Ukraine hat das zu liefern, was Deutschland fehlt. Die Erhöhung der Brottration ist eine politische Notwendigkeit, um den Krieg siegreich fortzuführen. Die fehlenden Mengen an Getreide müssen aus der Ukraine beschafft werden. Die Ernährung der Zivilbevölkerung ist angesichts dieser Aufgabe gänzlich gleichgültig.“

Zur selben Zeit feuerte Hitler seine Millionen Soldaten zum privaten Massenraub an. Im Gleichklang mit seinen Landsern feierte er die Wehrmacht als den „natürlichsten Vermittlerapparat, den es gibt, wenn jeder Soldat seiner Frau oder seinen Kindern etwas schickt“. Rhetorisch fragte er seine Entourage: „Was kann ich vom Osten mitnehmen? Kunstschätze? Das gibt es nicht! Bleibt also nur das bisschen Fressen! Es kann damit nichts Besseres geschehen, als

dass es der Familie des Soldaten in der Heimat zukommt.“

Selbst von der Leningrad-Front schickten die deutschen Soldaten nach der Statistik des zuständigen Feldpostamts im Januar, Februar und März 1943 deutlich mehr als drei Millionen Feldpostpäckchen nach Hause. Sie waren mit Beutestücken und überschüssigen Lebensmittelzuteilungen gefüllt. Die Zahl der Päckchen in umgekehrter Richtung lag deutlich darunter und wurde streng reglementiert.

Dem als Generalgouvernement bezeichneten Rumpfpolen waren im ersten Besatzungsjahr noch Lebensmittel aus dem Reich geliefert worden. Doch um den deutschen Normalverbraucher zufriedenzustellen, setzte der Ernährungsminister Herbert Backe im Juli 1942 hohe Lieferungen von Fleisch und Getreide an das Reich durch. Die verantwortlichen Besatzungsbeamten in Krakau opponierten, nicht aus Menschenliebe, sondern wegen des anwachsenden Widerstands. Darauf entgegnete Backe: „Im Generalgouvernement befinden sich noch 3,5 Mill. Juden. Polen soll noch in diesem Jahr saniert werden.“

Die Zahl war übertrieben, oder sie wurde falsch getippt, doch stimmt der Zusam-



HUGO JAEGER / TIME LIFE / GETTY IMAGES

Deutsche Soldaten in den Niederlanden (1940): Zufriedenheit durch Selbstbedienung



COURTESY OF USHMM PHOTO ARCHIVES / NYU

Auktion von konfisziertem jüdischem Besitz Staatsruin mit Ausplünderung abgewendet

menhang. Am 24. August 1942 stellte der für die Ernährung der polnischen Städter zuständige deutsche Spitzenbeamte fest: „Die Versorgung der bisher mit 1,5 Millionen Juden angenommenen Bevölkerungsmenge fällt weg, und zwar bis zu einer angenommenen Menge von 300 000 Juden, die noch im deutschen Interesse als Handwerker oder sonst wie arbeiten. Die anderen Juden, insgesamt 1,2 Millionen, werden nicht mehr mit Lebensmitteln versorgt.“

Sie wurden fast alle in den folgenden sechs Monaten vergast. Die so eingesparten Mengen an Getreide, Futterkartoffeln und -rüben wurden fortan in der Fleischproduktion verfüttert und als Schnitzel, Speck und Wurst nach Deutschland transportiert.

„Zum Erntedank“ redete Göring am Sonntag, dem 4. Oktober 1942, im Berliner Sportpalast, live übertragen via Volks-

empfänger zu den „Volksgenossinnen und Volksgenossen“. Vor allem sprach er über die Ernte nichtdeutscher Bauern. So teilte er mit, dass „wir unsere gesamten Truppen aus den besetzten Gebieten ernähren“. Zu Weihnachten versprach er eine „Sonderzuteilung“. Für die entsprechende „Weihnachtsaktion“ hatte er bereits einen Stab gebildet und seine Aufkäufer vor allem nach Westeuropa losgeschickt. Zum eroberten Ostrau sagte er: „Von heute ab wird es dauernd besser werden; denn die Gebiete fruchtbarster Erde besitzen wir. Eier, Butter, Mehl, das gibt es dort in einem Ausmaß, wie Sie es sich nicht vorstellen können.“

Im SD-Bericht vom 12. Oktober 1942 hieß es, „dass die Stimmung unter den Frauen wesentlich besser geworden ist, bei denen naturgemäß das Versprechen einer ständig zunehmenden Besserung der Ernährungs- und Versorgungslage die größte Rolle spielt“. Goebbels bemerkte „geradezu eine Stimmungshausse im deutschen Volke“. Politische Loyalität ging durch den wohlgefüllten Magen, auf Kosten des Existenzrechts von Millionen als minderwertig qualifizierter Menschen.

Hitler erreichte die Mehrheitsfähigkeit seiner Politik und seiner Kriegszüge im Wesentlichen nicht mit den Mitteln des politischen Fanatismus, sondern mit den bis in die Gegenwart geschätzten und gut bekannten Techniken des Sozialstaats. „Innerhalb des deutschen Volkes“, so formulierte er das Leitmotiv des nationalen Sozialismus, „höchste Volksgemeinschaft und Möglichkeit der Bildung für jedermann, nach außen aber absoluter Herrenstandpunkt!“

Materieller Ausgleich und soziale Aufwärtsmobilisierung im Inneren, kollektiver und schnell spürbarer Wohlstand für das Herrenvolk auf Kosten sogenannter Minderwertiger, so lautete die wenig kompli-

zierte, in Deutschland populäre Zauberformel des NS-Staats.

Sie erklärt zwanglos, warum sich nach 1945 die meisten Deutschen noch lange mit positiven Gefühlen an die NS-Zeit erinnerten, aber die Verbrechen nicht in das lebensgeschichtliche Selbstbild integrieren konnten. Sie isolierten das ihrer Meinung nach Gute, das auch weiterhin für gut gehalten wurde, von dem konstitutiv damit verbundenen Bösen. Von diesem Bösen aber wollten sie schon während der NS-Zeit möglichst wenig wissen, weil sie fühlten, dass es zu ihrem Vorteil geschah. So konnten sie nach 1945 behaupten und selbst glauben, sie hätten nichts gewusst.

Der Nationalsozialismus bezog seine verführerische Kraft nicht aus der speziellen Nähe zum großen Geld, sondern aus der insgesamt sozialstaatlich ausgelegten Kombination von Rassen- und Klassenpolitik. Mit materieller Umverteilung verbunden, senkte die NS-Führung die Klassengrenzen im Inneren – während sie die Rassen- und Nationalitätengrenzen nach außen erhöhte und gleichzeitig für räuberische Zwecke durchbrach. In dieser Mixtur vereinigten sich die Ideen nationaler und sozialer Homogenisierung. Die beiden im 19. Jahrhundert entwickelten, historisch oft als Gegensatz ausgeprägten Varianten des Gleichheitsgedankens gingen in Deutschland eine virulente, mehrheitsfähige, in den Konsequenzen völkermörderische Verbindung ein.

Nach dem Seitenwechsel Italiens forderte Goebbels zur Abwehr eines ähnlichen Stimmungsumschwungs in Deutschland: „Der Nationalsozialismus muss eine Erneuerung durchmachen. Noch sozialistischer als früher haben wir uns an das Volk anzuschließen. Das Volk muss auch immer wissen, dass wir seine gerechten und großzügigen Sachwalter sind.“

Der sozial ausgehende Egalitarismus des nationalen Sozialismus ließ die Sympathiewerte des NS-Regimes im Inneren immer wieder steigen. Er stärkte die Macht Hitlers und setzte jene Energien ungebremst frei, die zum ungeheuerlichsten Raub- und Vernichtungskrieg der modernen europäischen Geschichte führten.

Historiker Aly, 57, lehrt derzeit als Gastprofessor am Fritz-Bauer-Institut an der Universität in Frankfurt am Main. Am 10. März erscheint sein Buch „Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus“.

Im nächsten Heft

DEBAKEL IM PAZIFIK

Der Überfall der Japaner auf die US-Flotte in Pearl Harbor gibt Präsident Roosevelt den lange gesuchten Anlass zum Kriegseintritt der USA. Die Kämpfe in Europa weiten sich nun zum Weltkrieg aus.